

Ragnitz, Joachim

Article

Gewinninflation und Inflationsgewinner

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Ragnitz, Joachim (2022) : Gewinninflation und Inflationsgewinner, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 29, Iss. 05, pp. 24-28

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/272196>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Joachim Ragnitz*

Gewinninflation und Inflationsgewinner¹

Die hohe Inflation in Deutschland ist nicht nur Folge gestiegener Bezugspreise für Vorleistungsgüter oder Energie. Vielmehr scheinen in einigen Wirtschaftsbereichen die Unternehmen die allgemeinen Preissteigerungstendenzen auch dazu genutzt zu haben, ihre Gewinne deutlich auszuweiten. Neben der Landwirtschaft und dem Bau ist hier auch der Einzelhandel zu nennen.

Die Inflation ist zurück. Aktuell (August 2022) liegen die Verbraucherpreise (gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung) um 7,9% höher als vor einem Jahr und die Einzelhandelspreise sind binnen Jahresfrist sogar um fast 10% gestiegen. Vor allem Energie (+43%) und Kraftstoffe (+23%), aber auch Nahrungsmittel (+15%) haben sich stark verteuert. Viele Menschen plagen Sorgen, dass sich ihr bisheriger Lebensstandard deutlich verringern könnte, und bei vielen ist diese Sorge auch durchaus berechtigt: Die Reallöhne lagen im 2. Quartal 2022 um 4,4% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Index der Reallöhne lag damit wieder in etwa auf dem Niveau des ersten Halbjahrs 2015.

Die hohen Preissteigerungsraten werden gemeinhin auf höhere Beschaffungskosten der Unternehmen zurückgeführt. Tatsächlich sind insbesondere die Einfuhrpreise stark gestiegen. So lag im 2. Quartal 2022 der Deflator der Importe um knapp 20% höher als ein Jahr zuvor, getrieben vor allem durch die Verteuerung von Energieimporten. Es ist aber zu kurz gegriffen, dies allein auf den Ukraine-Krieg und die dadurch verursachten Kostensteigerungen zurückzuführen zu wollen, denn der Preisanstieg bei importierten Gütern (wie auch bei Energie) setzte bereits im Frühjahr 2021 ein. Die Exportpreise sind demgegenüber deutlich schwächer gestiegen. Dieser negative „Terms-of-Trade-Effekt“² hat dafür gesorgt, dass Deutschland trotz eines Zuwachses des (preisbereinigten) Bruttoinlandsprodukts (jährliche Wachstumsrate 1,8% im 2. Quartal 2022) insgesamt ärmer geworden ist: Der Realwert des Bruttoinlandsprodukts lag zuletzt um 0,5% unter dem Wert des Vorjahres, der Realwert der Verfügbaren Einkommen war sogar fast 2% niedriger.

NICHT NUR GESTIEGENE VORLEISTUNGSPREISE TREIBEN DIE INFLATION

Die höheren Beschaffungspreise für importierte Waren sind jedoch nicht der alleinige Grund für die gestiegene Inflation. Vielmehr scheinen einige Unternehmen den Kostenschub auch als Vorwand dafür zu nehmen, durch eine noch stärkere Erhöhung ihrer Absatzpreise auch ihre Gewinnsituation zu verbessern. Dies legen jedenfalls die Daten der amtlichen Statistik zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der daraus erchenbaren (impliziten) Deflatoren wichtiger Aggregate nahe.

Die Leistung eines Wirtschaftsbereichs wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gemeinhin anhand der sektorspezifischen Bruttowertschöpfung gemessen. Diese ist definiert als Gesamtwert der Produktion (vereinfacht also:

den Verkaufserlösen) abzüglich der bezogenen Vorleistungen. Wenn die Wettbewerbssituation es zulässt, werden Unternehmen Preiserhöhungen bei Vorleistungsgütern (V) in die Absatzpreise ihrer Endprodukte (X) überwälzen. Bei konstanter nominaler Vorleistungsquote $f = P_V V / P_X X$ heißt das, dass der Preisanstieg für die Endabnehmer (dP_X / P_X) der gewichteten Summe des Preisanstiegs bei den Vorleistungsgütern (dP_V / P_V) und des Preisanstiegs der Bruttowertschöpfung (dP_V / P_V) entspricht.

$$(1) \frac{dP_X}{P_X} = \frac{dP_V}{P_V} (1 - f) + \frac{dP_V}{P_V} f.$$

Etwas komplizierter wird es, wenn die Unternehmen auf die Verteuerung der Vorleistungsgüter bei gleichbleibender Produktionsmenge mit einer Verringerung ihrer realen Vorleistungsbezüge $r = V/X$ reagieren, also etwaige Substitutionsmöglichkeiten ausnutzen. In diesem Fall beläuft sich der Anstieg der Absatzpreise nämlich auf

$$(2) \frac{dP_X}{P_X} = \frac{dP_V}{P_V} (1 - f) + \frac{dP_V}{P_V} f + (1 - f) \frac{d(1-r)}{1-r} + f \frac{dr}{r}.$$

Der erste zusätzliche Term erhöht also gegenüber Formel (1) die Preissteigerungsrate, wenn die Wertschöpfungstiefe $(1-r)$ zunimmt; der zweite Term hingegen wirkt auf eine Reduktion der Inflationsrate hin. Allerdings wird man davon ausgehen können, dass zumindest kurzfristig die realen Substitutionsmöglichkeiten auf der Beschaffungsseite recht gering sind, da dies im Regelfall eine Veränderung der angewandten Produktionstechnologie erfordert. Insoweit macht man wohl keinen großen Fehler, wenn man die genannten Effekte hier vernachlässigt.³ Substitution auf der Beschaffungsseite wird sich in der kurzen Frist vielmehr darauf richten, günstigere Bezugsquellen zu erschließen. Dies würde natürlich ebenfalls die Inflationsdynamik dämpfen, angesichts des Preisanstiegs bei vielen Vorleistungsgütern sind die Möglichkeiten hierfür allerdings aktuell ebenfalls eher gering.

Unterjährige Daten für die Entwicklung der Absatzpreise insgesamt bzw. für die Veränderung der Vorleistungspreise liegen (mit Ausnahme der erwähnten Importpreise auf gesamtwirtschaftlicher Ebene) nicht vor.⁴ Die amtliche Statistik liefert aber vierteljährlich unter anderem Angaben zur Entwicklung der nominalen und der preisbereinigten Wertschöpfung für die „großen“ Wirtschaftsbereiche. Hieraus lässt sich ein impliziter

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Deflator der Bruttowertschöpfung ermitteln, der anzeigt, wie die Unternehmen über den kurzfristig unvermeidbaren Kostenanstieg auf der Beschaffungsseite hinaus ihre Preise erhöht haben. Dies entspricht dem ersten Term in den beiden Gleichungen. Eine Zunahme der Veränderungsrate des Deflators der Bruttowertschöpfung lässt insoweit darauf schließen, dass die Unternehmen nicht nur unvermeidbare Kostensteigerungen an ihre Kunden weitergegeben haben, sondern darüber hinaus auch die Inflation durch eine Steigerung ihrer Gewinne angeheizt haben.

Bereits auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zeigt sich, dass die Unternehmen seit dem 2. Quartal 2021 ihre Wertschöpfung nominal deutlich stärker erhöhen konnten als real (+7,3% versus +2,0%), was auf Gewinnsteigerungen hindeutet. Der inflationsverstärkende Effekt blieb bei dieser aggregierten Betrachtung dennoch maßvoll: Der Preisauftrieb bei der Bruttowertschöpfung blieb deutlich hinter dem zurück, was die Nachfrager zusätzlich zu zahlen hatten, denn aktuell liegt der Anstieg des Deflators der letzten inländischen Verwendung von Gütern – also inklusive der im Preis gestiegenen Importwaren – bei mehr als 8%, während die Wertschöpfung aus heimischer Produktion nur um rund 5% teurer war als im Jahr zuvor (vgl. Abb. 1).

Dieses Bild ändert sich aber, wenn man einzelne Wirtschaftsbereiche betrachtet (vgl. Abb. 2a-d). Insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei sowie im Baugewerbe und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr haben die Unternehmen ihre Preise deutlich stärker erhöht als es aufgrund der gestiegenen Vorleistungspreise allein zu erwarten gewesen wäre: In der Landwirtschaft um mehr als 60%, im Baugewerbe um 20% und im Handel immerhin um 9%. Auch im Verarbeitenden Gewerbe ist der Deflator der Bruttowertschöpfung zuletzt etwas stärker gestiegen (+6,5%). Selbst im zusammengefassten Bereich „Bergbau, Energie und Wasserversorgung“ (hier als Residuum berechnet) hat sich die Wertschöpfung spürbar verteuert (+4,8%) – zusätzlich zu den

hier besonders deutlich gestiegenen Beschaffungskosten. Inflationsdämpfend hat es sich hingegen ausgewirkt, dass in zahlreichen Dienstleistungsbereichen die Preise nur wenig angehoben wurden.

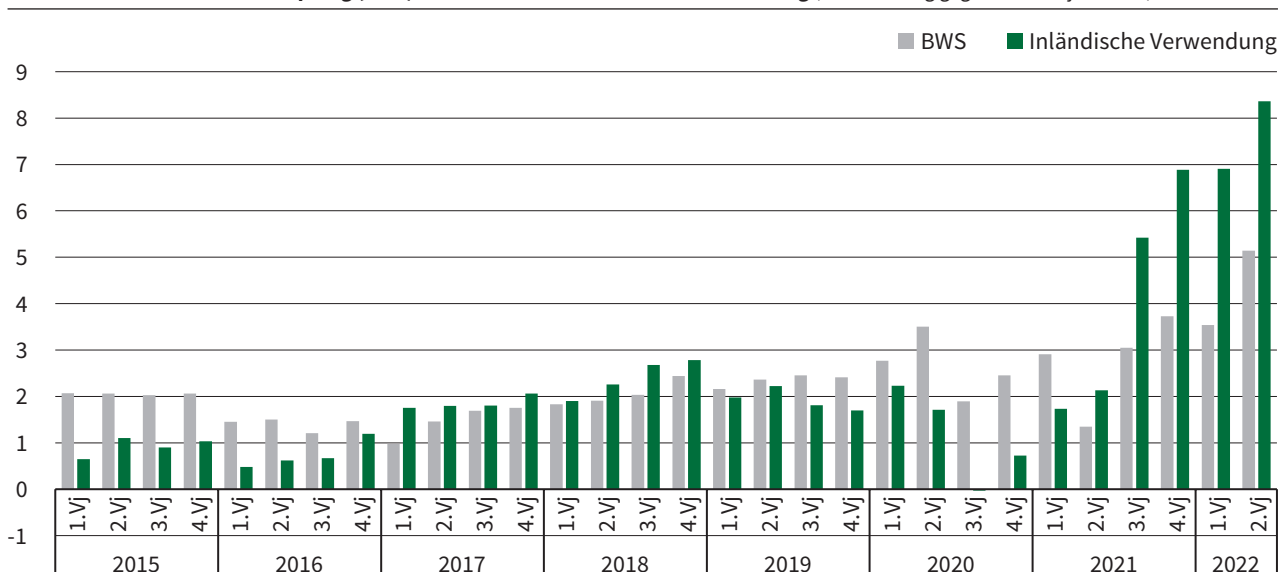
Dass die Preise in der Landwirtschaft dabei so kräftig gestiegen sind, kann nicht verwundern. Landwirtschaftliche Rohstoffe werden zumeist global gehandelt und viele Güter hier haben sich nicht zuletzt aufgrund der durch den Ukraine-Krieg hervorgerufenen Verknappung weltweit verteuert. Weniger leicht erklärbar ist es hingegen, dass auch die Wertschöpfungspreise im Bau und im Handel so stark zugelegt haben, denn eine Orientierung an Weltmarktpreisen scheidet hier aus. Dies lässt nur den Schluss zu, dass hier offenbar viele Unternehmen die Gunst der Stunde genutzt haben, über die Verteuerung der Vorleistungsbezüge hinaus ihre Preise anzuheben. Begünstigt wurde dies dadurch, dass nach den Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie bei den privaten Haushalten hohe Ersparnisse aufgelaufen waren, die im Jahr 2022 aufgelöst wurden und die Konsumnachfrage zusätzlich befeuerten.⁵ Bei den Baufirmen dürften überdies die in einigen Ballungszentren bestehenden Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage im Neubau hierzu beigetragen haben.⁶

GEWINNSTEIGERUNGEN ALS INFLATIONS-VERSTÄRKENDES ELEMENT

Verteilungsseitig setzt sich die Bruttowertschöpfung aus den Arbeitnehmerentgelten und den „Bruttobetriebsüberschüssen“ der Unternehmen zusammen (vgl. Abb. 3a-d). Letztere enthalten neben den Abschreibungen und einem kalkulatorischen Unternehmerlohn insbesondere den Gewinnanteil der Unternehmen.⁷ Prinzipiell denkbar wäre es zwar, dass die Unternehmen ihre Preise wegen hoher Kostensteigerungen beim Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit erhöht haben; die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeigt aber, dass dies nicht der Fall ist. Die Lohnstückkosten (auf Stundenbasis) sind gesamt-

Abb. 1

Deflatoren der Bruttowertschöpfung (BWS) und der letzten inländischen Verwendung (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

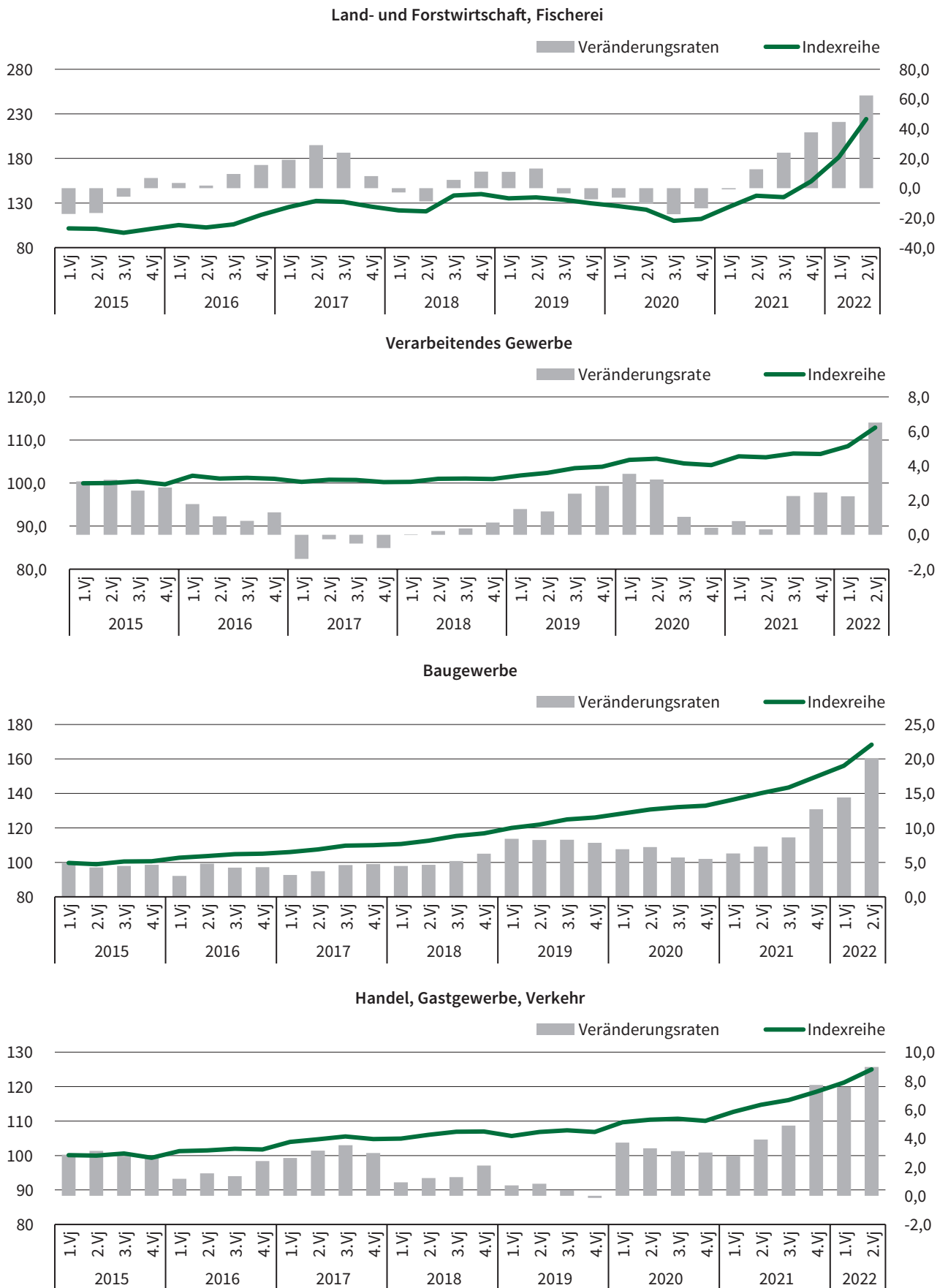


Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 18, Reihe 1.2, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2a-d

Deflatoren der Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

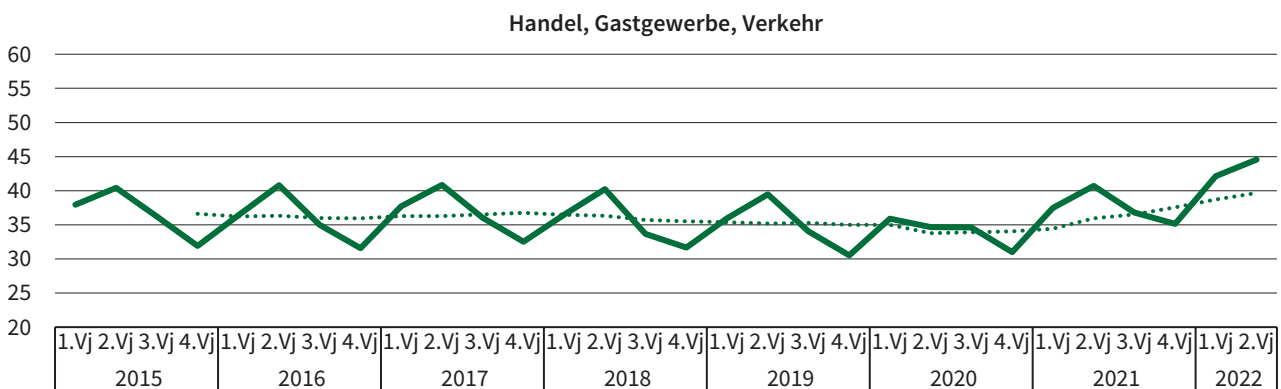
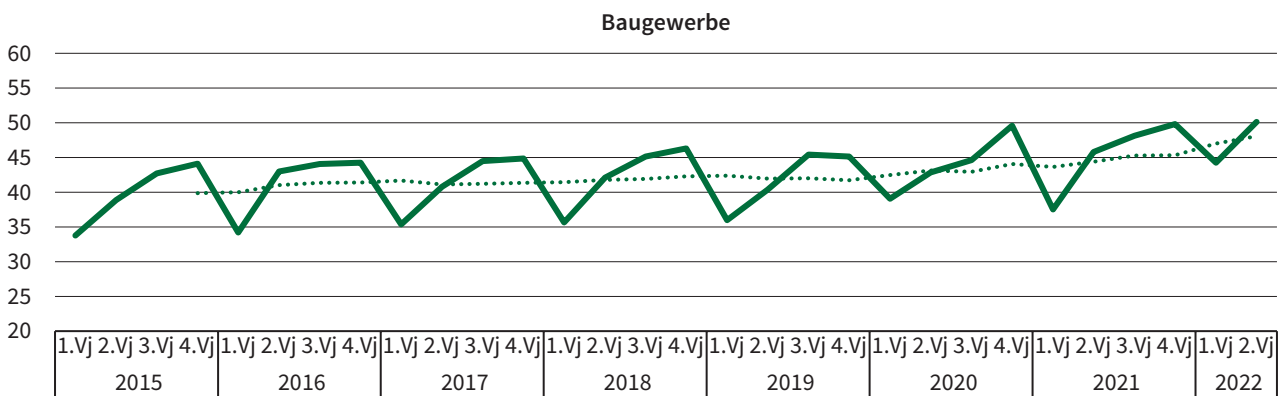
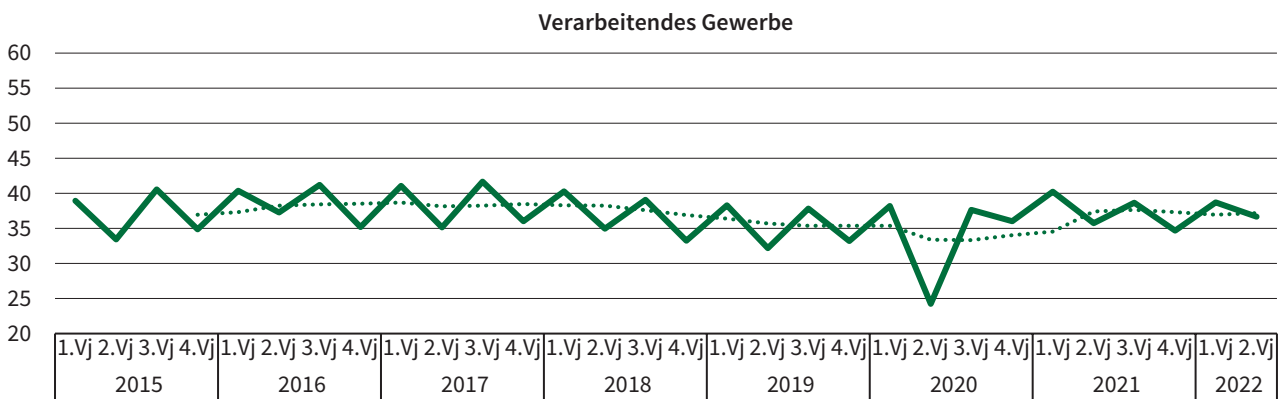
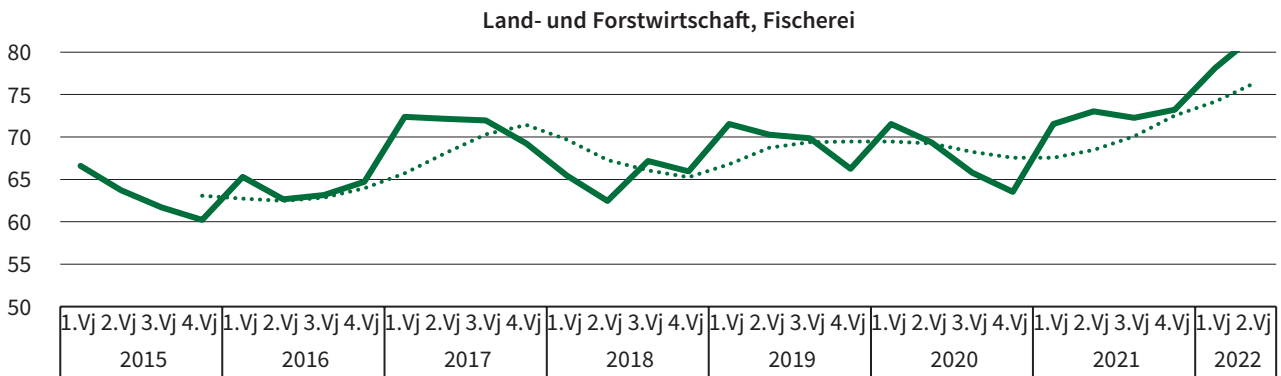


Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 18, Reihe 1.2, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 3a-d

Anteil des Bruttobetriebsüberschusses (einschließlich Sonstige Nettoproduktionsabgaben) an der Bruttowertschöpfung



Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 18, Reihe 1.2, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

wirtschaftlich zuletzt nur um 3,5% gestiegen; in den betrachteten Wirtschaftsbereichen war nur im Baugewerbe (+9,5%) und in der Landwirtschaft (+6,4%) ein deutlich stärkerer Anstieg zu verzeichnen. Dieser blieb aber hinter dem Anstieg des Deflators der Bruttowertschöpfung zurück. Das bedeutet allerdings, dass die Unternehmen offenkundig die Inflation auch dafür verwendet haben, ihre Gewinne deutlich auszuweiten.

Die Abbildung 3a-d zeigt deshalb die Entwicklung der Bruttobetriebsüberschüsse (inklusive der Nettoproduktionsabgaben, vgl. Fußnote 7) in den vier hier betrachteten Wirtschaftsbereichen als Anteil an der nominalen Bruttowertschöpfung⁸, wobei wegen des ausgeprägten Saisonmusters zusätzlich ein vierperiodiger gleitender Durchschnitt dargestellt ist. Mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes sind die Anteile der Gewinneinkommen an der Wertschöpfung in allen Bereichen zuletzt kräftig gestiegen, wobei der Anstieg überall bereits im Frühjahr 2021 einsetzte. Aktuell liegt der Anteil der Bruttobetriebsüberschüsse an der Wertschöpfung in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Bereich Handel/Gastgewerbe/Verkehr dabei deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Somit hat Deutschland derzeit nicht nur eine Kosteninflation, sondern ganz offensichtlich auch eine „Gewinninflation“. In den übrigen Wirtschaftsbereichen ist ein solcher Effekt hingegen nicht festzustellen.

FAZIT

Die vorangehenden Ausführungen zeigen, dass in einigen Wirtschaftsbereichen die Unternehmen trotz steigender Kosten ihre Gewinne ausweiten konnten und damit die Inflation auf der Verbraucherstufe sogar noch verstärkt haben. Natürlich ist dies aber kein Grund für staatliche Eingriffe in die Preisbildung, um auf diese Weise den Preisauftrieb zu begrenzen. Ideen wie die im politischen Raum aktuell geforderte „Übergewinnsteuer“ mögen zwar populär sein, sind aber wegen ihrer verzerrenden Wirkung auf die Knappheitssignale des Marktes weder marktkonform noch sind sie rechtssicher durchzusetzen. Eine Übergewinnsteuer birgt überdies die Gefahr, dass damit auch berechtigte Gewinne einzelner Unternehmen – wie sie zum Beispiel aufgrund von Innovationen erzielt werden können – abgeschöpft würden. Stattdessen wird man auf herkömmliche Rezepte setzen müssen: Makroökonomisch obliegt die Inflationsbekämpfung primär der Geldpolitik (die allerdings aufgrund ihres gesamt europäischen Mandats Besonderheiten der Entwicklung in Deutschland nicht berücksichtigen kann).

Mikroökonomisch hilft nur vermehrter Wettbewerb gegen überzogene Preisanhebungen. Und letzten Endes können die Verbraucher*innen auch selbst einen Beitrag zur Vermeidung einer Gewinninflation leisten, indem sie ihr Kaufverhalten anpassen. Denn nur wenn die Unternehmen nicht unter ständigem Anpassungsdruck stehen, können sie etwaige Preissetzungsmacht dafür verwenden, durch Preisanhebungen ihre Gewinnsituation zu verbessern.

LITERATUR

- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2022), Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2021/22, Monatsbericht 2/2022, Frankfurt/Main.
- Nierhaus, W. (2022), „Realwert des Bruttoinlandsprodukts und Terms of Trade: Ergebnisse für das Jahr 2021“, ifo Schnelldienst 75 (02), S. 46-51.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung – Quartalsergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.2 (2. Vierteljahr 2022), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.2 (2021), Wiesbaden.
- Wollmershäuser, T. (2022), „Inflation frisst Überschussersparnis“, ifo Schnelldienst digital 3 (04), S. 1-2.

- 1 Eine erste Version dieses Beitrags wurde im August 2022 online in *Wirtschaftliche Freiheit – Das ordnungspolitische Journal* (www.wirtschaftlichefreiheit.de) veröffentlicht.
- 2 Vgl. zum Konzept des Terms-of-Trade-Effekts Nierhaus (2022). Aktuelle Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt in FS 18 Reihe 1.2 veröffentlicht.
- 3 Die für eine Berechnung erforderlichen Daten liegen bislang nur für das Jahr 2021 vor (Statistisches Bundesamt, FS 18 Reihe 1.4). Diese zeigen, dass es in keinem der (aggregierten) Wirtschaftsbereiche zu einer solchen realen Substitution bei den Vorleistungen gekommen ist.
- 4 Für das Jahr 2021 lassen sich die entsprechenden Deflatoren ermitteln. Diese bestätigen die hier getroffenen Aussagen.
- 5 Vgl. Wollmershäuser (2022).
- 6 Vgl. Deutsche Bundesbank (2022), S. 59f.
- 7 Darüber hinaus umfasst die Bruttowertschöpfung entsprechend den Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die „Sonstigen Nettoproduktionsabgaben“ (Saldo aus sonstigen Produktionsabgaben und sonstigen Subventionen). Diese liegen bislang nur bis zum Jahr 2019 vor, machten damals über alle Wirtschaftsbereiche hinweg aber nur -0,08% der Bruttowertschöpfung aus und können daher vernachlässigt werden. Lediglich in der Landwirtschaft ist dieser Posten von größerer Bedeutung (-21,5%).
- 8 Berechnet als Bruttowertschöpfung abzüglich Arbeitnehmerentgelte.